

Herausgeber:

Heinrich Bechtoldt  
Geschäftsführender Herausgeber

Hans Apel  
Herbert von Borch  
Kurt Georg Kiesinger  
Alois Mertes  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Richard von Weizsäcker  
Gerhard Wettig

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

# AUSSEN POLITIK

Boris Meissner

**Sowjetpolitik: Von Tschernenko zu Gorbatschow**

Manfred Steinkühler

**Eurokommunismus – gescheiterte Strategie?**

Helmut Rumpf

**Völkerrechtliche Probleme des Terrorismus**

Hanns-D. Jacobsen

**Fortgeschrittene Technologie in den  
Außenwirtschaftsbeziehungen der USA**

Barbara A. Fliess

**Sicherheitspolitik zwischen Reagan und Kongreß**

Klaus Frhr. von der Ropp

**Südafrika: Revolution in verändertem Umfeld?**

Alfred G. Kühn

**Hongkong – Gegenwart und Zukunft in Fernost**

**Neue Literatur: Zeitschriften**

36. Jahrgang

**4/85**

4. Quartal 1985 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 36

4. Quartal 1985

Boris Meissner <b>Sowjetpolitik: Von Tschernenko zu Gorbatschow</b>	351
Manfred Steinkühler <b>Eurokommunismus – gescheiterte Strategie?</b>	371
Helmut Rumpf <b>Völkerrechtliche Probleme des Terrorismus</b>	383
Hanns-D. Jacobsen <b>Fortgeschrittene Technologie in den Außenwirtschaftsbeziehungen der USA</b>	400
Barbara A. Fliess <b>Sicherheitspolitik zwischen Reagan und Kongreß</b>	413
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Südafrika: Revolution in verändertem Umfeld?</b>	426
Alfred G. Kühn <b>Hongkong – Gegenwart und Zukunft in Fernost</b>	438
<b>Neue Literatur: Zeitschriften</b>	450

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Alois Mertes, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7000 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Holsteinischer Kamp 14, D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

---

## Südafrika: Revolution in verändertem Umfeld?

*Im Sommer 1985 ist eine neue, abermals blutige Welle der Gewalt und des Terrors durch die Republik Südafrika gegangen. Und das Ausbleiben von Reformen oder wenigstens Reformankündigungen nach Inhalt und Zeit hat der Regierung des Staatspräsidenten Botha im Ausland, auch in der Bundesrepublik Deutschland, heftige Kritik eingebracht, zumal Washington, London und Bonn anders geartete Informationen erhalten hatten. Paris hat sich bereits zu Maßnahmen gegen Pretoria entschlossen, und in den USA stehen Präsident und Kongreß in der Frage von Sanktionen in schwierigen Auseinandersetzungen. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, überprüft die Politik der Südafrikaner mit ihren Nachbarn, kann wenig Fortschritte im Sinne einer Entspannung feststellen, kommt aber auch zu dem Schluß, daß die Revolutionäre in der Republik nicht mehr auf wesentliche Unterstützung von außen rechnen können. In der Republik Südafrika selbst nimmt auch unter Nicht-Schwarzen die Kritik und Opposition gegen ein extremes Apartheid-Regime zu, besonders in den Kirchen. Aber die Regierung ist weiter überzeugt, daß der Gedanke an eine Teilung der Macht mit den Schwarzen, wie immer das organisiert sein könnte oder sollte, nicht mit dem Verlust der Kontrolle der Weißen über die Gesamtmacht im Staate verbunden sein dürfte; so ist es auch in dem Drei-Kammer-Parlament in dem Verhältnis zu den Coloureds und den Indern. Also steht dann weiterhin Gewalt gegen Gewalt. Brücken zu Verhandlungen zwischen Weiß und Schwarz scheinen erst zu einem Zeitpunkt denkbar, wenn nach den blutigen Auseinandersetzungen beide Seiten die Grenzen des jeweils für sie Erreichbaren erkannt haben. Das wäre dann eine post-katastrophale Lösung, von der niemand schon heute die Konturen abstecken könnte.*

### I. Gewalt und kein Ende

In jüngerer Zeit stoßen die Entwicklungen im südlichen Afrika, dort vor allem in der Republik Südafrika, in den USA mehr noch als in Europa, wieder auf großes Interesse. Verbreitet ist der Eindruck, Südafrika und mit ihm seine Nachbarn wüchsen unaufhaltsam in eine Situation hinein, die jene der Krisenjahre 1976/77 („Soweto“) noch übertreffen werde. Zum einen sind nämlich die Unterrichtsboykotte von Schülern und Studenten, die Streiks und sonstigen Arbeitsniederlegungen sowie weitere Demonstrationen des Protests gegen die bestehende Ordnung heute häufig besser organisiert und damit kraftvoller als in früheren Jahren. Zum anderen hat die seit langem beobachtete, vor allem in den schwarzen Vorstädten („townships“) des Witwatersrand und des östlichen Kap immer wieder aufflackernde diffuse Gewalt inzwischen ein Ausmaß erreicht, das alles bislang

Bekannte übertrifft: die Angriffe eines in hohem Maße fanatisierten und brutalisierten Mobs gegen Pretorias schwarze Kollaborateure. Erinnerung sei nur daran, daß Mitglieder von Stadträten, teils zusammen mit ihren Familienangehörigen, bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Hier mischen sich schlicht kriminelle mit politischen Elementen. Dies geschieht vor einer durch hohe Arbeitslosigkeit und eine gleichfalls hohe Inflationsrate sowie die anderen Aspekte einer schweren wirtschaftlichen Rezession, vielleicht Depression, gekennzeichneten Szene. In den Augen sehr vieler Schwarzer vermag hier nur noch eine Machtumkehr Abhilfe zu schaffen. Und dafür kämpfen mit allen ihren jeweiligen Organisationen zur Verfügung stehenden Mitteln die Mitglieder von ANC, UDF, Inkatha, Azapo und zunehmend auch der mächtig gewordenen Gewerkschaften.

Wie bei früheren Aufständen (so vor allem 1960 und 1976/77), so behauptet sich das weiße Südafrika auch 1985 ohne erkennbare Schwierigkeiten. Es ist dabei allerdings in der Wahl seiner Mittel häufig wenig wählerisch. So mehrt sich etwa die Zahl der Fälle, da Demonstranten durch Schüsse in den Rücken getötet werden. Und 1984 teilte der zuständige Minister, Louis Le Grange, mit, daß nun auch die regulären Streitkräfte des Landes (SADF) zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von „*law and order*“ eingesetzt würden. Es gibt schwarze Vorstädte im östlichen Kap, zu denen die Regierungsvertreter heute nur noch in Schützenpanzern Zutritt haben. Das alles bedeutet jedoch nicht, daß die vielen schwarzen und die recht wenigen braunen Revolutionäre bereits ihrem Ziel nahegekommen sind, diese und weitere Städte „unregierbar“ zu machen.

Wohl auch angesichts dieser Entwicklungen verfolgt die Regierung des Staatspräsidenten P. W. Botha heute eine offenerere und reformfreudigere Innenpolitik, als dies je eine südafrikanische Regierung vor ihr tat<sup>1</sup>. So einschneidend viele dieser Reformen sind, sie alle rühren nicht an die Substanz weißafrikanischer Macht. Und daher vermögen sie auch moderate Schwarze nicht zu befriedigen. Auch nach außen versteht es Pretoria nach wie vor, seine großen wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel effizient zu nutzen.

Das weiße Südafrika widersetzt sich mit seiner Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik auch den Vorstellungen der nach wie vor von dem außerordentlich sachkundigen Chester A. Crocker konzipierten Politik des konstruktiven Engagements der USA<sup>2</sup>. Die Bemühungen Washingtons, im südlichen Afrika unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Konfliktparteien einen Ausgleich zu erzielen, waren bislang kaum erfolgreich. Das hat nun in den vergangenen Jahren in den USA und auch in Westeuropa den Mythos entstehen lassen, als sei die so anspruchsvolle Politik der Ära Jimmy Carter erfolgversprechend gewesen. Das genaue Gegenteil war der Fall. Diese Politik brachte außer Gemeinplätzen wenig

<sup>1</sup> Dazu sehr informativ Pieter Willem Botha: „Südafrika — Perspektiven für die Zukunft“ in „Außenpolitik“ 1984, 3. Quartal, S. 275–284, sowie aus jüngerer Zeit C. J. van der Merwe: „... en wat van die swartmense?“, hrsg. vom Federales Inligtingsdiens van die Nasionale Party, April 1985, Kaapstad.

<sup>2</sup> Zur derzeitigen amerikanischen Politik im südlichen Afrika s. George Shultz in „Southern African Records“ No. 35 (April 1984), S. 43–47; ders. in „Wireless Bulletin“ from Washington vom 17. April 1985, S. 13–24; Lawrence S. Eagleburger in „South Africa Foundation News“ von August 1983, S. 2–3; Chester A. Crocker in „Wireless Bulletin“ from Washington vom 27. September 1984, S. 3–11 und Frank Wisner in „South Africa International“ 1984, Januar, S. 467–475.

hervor<sup>3</sup>. Denn in genau dieser Zeit gab Pretoria in nichts nach und entwickelte obendrein, ungestört durch die eben nur lautstarke Politik der Nordamerikaner und Westeuropäer, jenen Herrschaftsapparat, der es befähigte, 1984 eine *Pax Pretoriana*<sup>4</sup> zustande zu bringen. Dennoch stellt sich heute die Frage, ob Washington an seiner Südafrikapolitik wird festhalten können. Die fortwährende Politik der Abschiebung „unproduktiver“ Schwarzer in die Reservate („Schwarze Nationalstaaten“); die flammenden Anklagen des nur begrenzt friedfertigen Friedensnobelpreisträgers Bischof Desmond Tutu gegen alle Aspekte der Apartheid; die nur zögerliche Erfüllung der durch die Diplomatie Washingtons zustande gekommenen Verträge mit Mozambique und Angola durch Pretoria; der im Sommer 1985 abermals unternommene Versuch, in SWA/Namibia, unter Umgehung von Res. 435 des UN-Sicherheitsrates, eine Pretoria genehme „demokratische“ Regierung zu installieren; die Entsendung eines südafrikanischen Kommandos nach Cabinda (Angola), wo es offensichtlich einen Anschlag auf die der amerikanischen Gulf Oil gehörende Raffinerie vorbereitete; der Überfall der SADF auf Dienststellen des ANC in Gaborone (Botswana) — dies alles sind Elemente der südafrikanischen Politik, die die Kritik an Pretoria in den USA haben vehement werden lassen. Sie manifestiert sich u.a. in den von Randall Robinsons „Free South Africa Movement“ organisierten, illegalen Demonstrationen vor der südafrikanischen Botschaft in Washington. Diese und die zahlreichen weiteren Anti-Apartheid-Demonstrationen in anderen Städten der USA haben im Kongreß auch von seiten der Republikaner zu Gesetzesvorlagen geführt, die außer selektiven, zeitlich wohl begrenzten Handelsaktionen ein Verbot neuer Investitionen und einen Kreditboykott vorsehen. Für viel Aufsehen sorgte daneben in Südafrika und den USA die verbreitete Forderung nach einem Rückzug der bestehenden amerikanischen Investitionen („*disinvestment*“). Diese Diskussionen sind umso bedeutender, als Südafrika wegen seiner großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten etliches von seiner einstigen wirtschaftlichen Attraktivität eingebüßt hat.

Es hat den Anschein, als hätten die Forderungen nach der Verhängung von Zwangsmaßnahmen 1985 eine bessere Chance, gehört zu werden, als in der Amtszeit von J. Carter. Abzuwarten bleibt, ob sich nach Frankreich weitere EG-Staaten (hier insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien), deren Volkswirtschaften mit der Südafrikas viel stärker verflochten sind, sich dieser Politik des amerikanischen Kongresses anschließen werden. In jedem Fall wird wichtig sein, daß die Embargostaaten das Ziel ihrer Politik sehr präzise angeben, also nicht etwa schlichtweg die Abschaffung der Apartheid fordern. Andernfalls wird die südafrikanische Regierung, wie bei der ganz mißlungenen SWA/Nami-

3 Kritisch zu der Politik der Carter-Administration Klaus Frhr. von der Ropp: „Konflikttherde im südlichen Afrika — Rhodesien, Namibia, Südafrika“ in: „Die internationale Politik 1977/78“, S. 269–285, Jahrbuch der DGAP, Bonn, 1982; ders.: „Südafrika und Namibia: Das Scheitern der Friedensinitiativen“, S. 338–357 in „Die Internationale Politik 1979/80“, Jahrbuch der DGAP, Bonn, 1983. Zu einer positiven Einschätzung dieser Politik kommt hingegen Winrich Kühne: „Südafrika und seine Nachbarn: Durchbruch zum Frieden?“ Baden-Baden, 1985, insbesondere S. 113–122.

4 S. dazu Theodor Hanf: „Konflikte im südlichen Afrika“, S. 651–662 in Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): „Weltpolitik / Strukturen — Akteure — Perspektiven“, Bonn, 1985. Heribert Adam und Stanley Uys: „Eight New Realities in Southern Africa“ in CSIS Africa Notes (Washington) vom 28. Februar 1985, S. 1–8. Kenneth W. Grundy: „Pax Pretoriana: South Africa's Regional Policy“ in „Current History“, 1985. April, S. 150–154. Klaus Frhr. von Ropp „Afrikas Süden im Zeichen der Pax Pretoriana“ in „Außenpolitik“ 1984, 4. Quartal, S. 419–433 im Anschluß an ders.: „Frieden oder Krieg im südlichen Afrika?“ in „Außenpolitik“ 1977, 4. Quartal, S. 437–454.

bia-Konferenz vom Oktober 1978 in Pretoria, Gegensanktionen ins Spiel bringen. Zu denken ist an die Abschiebung heute in Südafrika beschäftigter Ausländer in die wirtschaftlich ohnehin daniederliegenden Nachbarstaaten. Zu denken ist ferner an Einschränkungen bei der Versorgung Westeuropas mit strategisch wichtigen Rohstoffen<sup>5</sup>. Eine solche Politik kann eine gefährliche Eigendynamik entwickeln.

## II. Konflikte im Umfeld Südafrikas

Schon in den 70er Jahren haben vermeintliche Friedensinitiativen Südafrikas in westlichen Staaten die Hoffnung ausgelöst, Pretoria verfolge nunmehr eine Politik des Ausgleichs. Das war auch der Fall, als Südafrika im Februar und März 1984 in Lusaka und Nkomati Verträge mit Angola und Mozambique abschloß. Auch diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Das weiße Südafrika, das mit sehr guten Gründen nie frei von Existenzangst war, will den Frieden zu seinen eigenen Bedingungen, also auch nicht zu jenen, die die ihr mit viel Verständnis bezeugende Administration Ronald Reagans für angebracht hält.

Das angolanisch-südafrikanische Truppenentflechtungsabkommen vom Februar 1984 sollte die Entlassung SWAs/Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit vorbereiten. Daß dieser Vertrag an Pretoria nur mit über einjähriger Verzögerung erfüllt wurde, kann an den Aktivitäten SWAPOs und ihrer *People's Liberation Army of Namibia* im Süden Angolas gelegen haben. Bedeutsamer war, daß Südafrika nach wie vor nicht bereit ist, international beaufsichtigte Wahlen stattfinden zu lassen. Aus ihnen würde nämlich SWAPO als haushoher Sieger hervorgehen. Ebenso bedeutsam ist, daß sich die hier beteiligten Mächte nicht über die Modalitäten eines Abzuges der ca. 30 000 Kubaner aus Angola einigen können. Washington/Pretoria fordern einen „Parallelismus“ zwischen dem Rückzug der Kubaner aus SW/Namibia. Angola hingegen macht den, ohnehin nur partiellen, Abzug der Kubaner davon abhängig, daß Pretoria *zuvor* seine Angriffe auf Angola einstellt, seine Unterstützung der UNITA aufgibt und die Vereinten Nationen mit der Stationierung ihrer Truppen in SWA/Namibia die Realisierung von Res. 435 begonnen haben. Es spricht viel dafür, daß in Wahrheit weder Pretoria noch Luanda am Abzug der Kubaner interessiert sind. Denn nach einem eventuellen Rückzug der Kubaner käme Pretoria wohl nicht mehr umhin, Res. 435 zu implementieren. Und die MPLA-Regierung würde sich wohl selbst dann in dem längst von Anarchie bedrohten Angola gegen die Guerilleros der UNITA nicht behaupten können, wenn diese nicht mehr aus Südafrika unterstützt würden.

Die vielen Gesprächskontakte, die Pretoria vor und nach der SWA/Namibia-Konferenz von Lusaka (Mai 1984) auf sambischem Boden mit SWAPO und der Regierung Sambias unterhielt, waren offensichtlich erfolglos. Es gelang Südafrika nämlich nicht, Res. 435 dadurch gegenstandslos zu machen, daß es SWAPO dazu brachte, gemeinsam mit den sog. internen Parteien in Windhoek eine „Regierung der nationalen Versöhnung“ zu bilden. Es lag in der Logik südafrikanischer SWA/

<sup>5</sup> Dazu vor allem Carl-Wolfgang Sames: „Europe's Strategic Mineral Needs / Economic and Political Aspects“ in „International Affairs Bulletin“ (Braamfontein/SA), 1/1981, S. 5–18.

Namibia-Politik, dann Mitte 1985, wie von 1980–1983 ohne sonderlichen Erfolg schon einmal versucht, eine Übergangsregierung einzusetzen („interne Lösung“). Beteiligt sind nunmehr die DTA, ein Flügel SWANUs unter Moses Katjuonga, die Rehoboth Liberation Front, die (Coloured) Labour Party, SWAPO-D und die (weiße) Nasionale Party van Suidwest-Afrika. Von ihnen ist nur die letztere gefolgschaftsstark. Alle anderen leiden, um dies mit den Worten der britischen Zeitschrift „*Africa Confidential*“ zu sagen, an einer „*shortage of fans*“. So wird der 1966 ausgebrochene Krieg um die Zukunft SWAs/Namibias mit allen seinen von beiden Seiten begangenen Brutalitäten weitergehen. Der Ende Juni 1985 auf SWAPO-Stellungen im südlichen Angola vorgetragene Angriff der SADF läßt einmal mehr die Frage aufkommen, welchen Wert der einst fast mit Euphorie begrüßte Vertrag von Lusaka heute noch hat.

Schon gelegentlich der Unterzeichnung des „Anti-Subversions-Paktes“<sup>6</sup> zwischen Südafrika und Mozambique (Vertrag von Nkomati) hat die Widerstandsbewegung RENAMO verkündet, daß dieser Vertrag sie nicht binde und sie daher den Kampf gegen die Regierung fortsetzen werde. Dies geschah in allen Provinzen des Landes. Es gibt darüber hinaus Anzeichen dafür, daß auch viele Regierungssoldaten, die zu entlöhnen Maputo nicht mehr imstande ist, an den die ganze Volksrepublik verunsichernden Überfällen, Morden und Raubzügen teilhaben. Um die Jahreswende 1984/85 schien Mozambique dann endgültig in einen Zustand bewaffneter Anarchie zu versinken. Anders als Südafrika, wo die Zahl der Anschläge des ANC seit März 1984 wohl zurückgeht, erhielt Mozambique durch die Vertragspolitik nicht mehr Sicherheit. Nie wurde endgültig klar, wer RENAMO nach Vertragsabschluß noch weiter unterstützte. Es liegt jedoch sehr nahe, in den in Portugal, im Transvaal/Südafrika, in Brasilien und in Malawi lebenden „*retornados*“, d. s. die Hunderttausende von portugiesischen Flüchtlingen aus Angola und Mozambique, die Hauptverantwortlichen zu sehen. Deren Verbindungen reichen bis in die PSD und die PS, die unter Mario Soares bis Mitte 1985 die Regierung in Lissabon bildeten.

Im September/Oktober 1984 hatte Südafrika den ernstgemeinten Versuch unternommen, Vertreter Maputos und RENAMOs zu „Friedensgesprächen“ in Pretoria zusammenzuführen. Seine Absicht war, durch Vermittlung zwischen den Bürgerkriegsparteien einen Waffenstillstand und die Aufstellung einer „Regierung der nationalen Versöhnung“ zustandezubringen. Hätte Pretoria hier Erfolg gehabt, so hätte es sich anschließend um den Abschluß entsprechender Verträge zwischen MPLA und UNITA in Angola bemüht. Die Anfang Oktober 1984 verkündete „*Pretoria Declaration*“ blieb jedoch ohne Folgen. Immerhin konnte RENAMO den politischen Erfolg verbuchen, erstmals offiziell mit Vertretern der mozambiquanischen Regierung verhandelt zu haben. Woran diese Verhandlungen letztlich scheiterten, ist nie klar geworden. Vielleicht wählte sich RENAMO stark genug, die Regierung in Maputo doch noch militärisch zu besiegen. Vielleicht hatten in der RENAMO seinerzeit jene Marodeure die Oberhand, die entweder

<sup>6</sup> Dazu sehr informativ Winrich Kühne, a. a. O., S. 34–37.

aus eigenem Entschluß weiterkämpfen wollten oder aber nicht über die Autorität verfügten, den im Busch kämpfenden Guerilleros die Einstellung der Kampfhandlungen zu befehlen. Auch erscheint möglich, daß die sehr heterogene RENAMO, anders als etwa UNITA, überhaupt nicht über solche Befehlsstrukturen verfügt. Ihrer bedarf sie offenbar nicht, um im heutigen Mozambique Bürgerkrieg zu führen. Fest dürfte jedoch stehen, daß die Regierung in Pretoria, anders als vor Jahresfrist, jetzt alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um eine weitere Unterstützung RENAMOs vom südafrikanischen Boden aus zu unterbinden.

Nach alledem stellt sich die Frage, mit welcher Aussicht auf Erfolg die schwarzen Revolutionäre in Südafrika, die kaum noch Unterstützung aus den Nachbarländern erfahren, gegen die weißen Machthaber in Pretoria vorgehen.

### III. Gedanken zur Zukunft der Republik Südafrika

#### 1. Abkehr vom Dogma?

Selbst im Lager der südafrikanischen Regierung und der sie tragenden *Nasionale Party von Suid-Afrika* (NP) ist heute die These zu hören, die Apartheid müsse überwunden werden. Der Auszug der Mitglieder und Sympathisanten der heutigen *Konserwatiewe Party* (KP) aus der NP hat zu einer gewissen Öffnung geführt. In derselben Richtung wirkt sich aus, daß heute viele englischsprachige weiße Südafrikaner der NP ihre Stimme geben. Entgegen einer im Ausland weitverbreiteten Auffassung sind sie zwar nicht liberal, jedoch ist ihre konservative Grundeinstellung weniger starr als die vieler Afrikaner.

#### a) Zur Diskussion im Regierungslager

Seit Jahren breits gibt es unter den der NP nahestehenden Intellektuellen sehr kritische Stimmen<sup>7</sup>. Ihre Kritik an der herrschenden Ideologie findet auch heute in Teilen der afrikaans Presse ihren Niederschlag. Auch sieht ein Teil der Mitglieder der afrikaans Kirchen (der *Nederduits Gerformeerde Kerk*, der *Gereformeerde Kerk*, nicht aber der *Nederduitsch Hervormde Kerk van Afrika*) die Politik der Regierung weniger unkritisch. Vereinzelt gibt es hier sogar Stimmen, die auf die Unvereinbarkeit von Apartheid und christlichem Glauben hinweisen. So fordern etwa die Angehörigen des Kreises *Reforum* in der theologischen und politischen Auseinandersetzung mit der ultrakonservativen Gruppe *Toekoms Gesprek*<sup>8</sup> die Ersetzung der Apartheid durch eine gerechtere Ordnung. So vage diese in *Reforum* diskutierten Vorstellungen wohl auch sind, so sollte doch über eines keine Unklarheit bestehen: niemand in *Reforum* ist bereit, auf den Fortbestand und die Identität des Afrikanerdoms zu verzichten. Dazu sind hingegen die wenigen weißen Afrikaner bereit, die sich mit sehr viele Schwarze repräsentie-

<sup>7</sup> Dazu Andre du Toit: „Afrikaner Crisis“ in *Frontline* (Johannesburg) 1982, April, S. 28–34; Frans E. O'Brien Geldenhuys: „The dilemma of the Dutch Reformed Church in South Africa“ in *Optima* (Marshalltown) 1983, September, S. 148–158.

<sup>8</sup> Zu deren Vorstellungen s. „193 Pastors in right-wing stand against new Constitution“ und „Tension inside Afrikaans Churches/Constitution causes pressure“ in *Ecumenews* (Johannesburg) 1983, September, S. 12 bzw. 14.

renden, schwarzen und braunen Geistlichen und Laien zum „*Belydende Kring van die NG Kerke*“ (Bekennende Gruppe der NG Kirchen) zusammenschlossen<sup>9</sup>. Die Mitglieder von *Reforum* haben vielleicht heute eine Chance, mit ihren Überlegungen von der Regierung beachtet zu werden; die Mitglieder des *Belydende Kring* haben diese Chance nicht.

In jüngerer Zeit ist vor allem in der regierungsnahen Tageszeitung „*Beeld*“ wieder das Erfordernis angesprochen worden, Pretoria müsse auch mit dem (illegalen) ANC über die Zukunft des Landes sprechen<sup>10</sup>. Es ist vorstellbar, daß Regierungsvertreter etwa im Zusammenhang mit der möglichen Entlassung des früheren ANC-Vorsitzenden Nelson Mandela aus dem Pollsmoor-Gefängnis (Kapstadt) auf zambischem Boden Anfang 1985 Gespräche mit dem ANC geführt haben. Gegenstand solcher Erkundungsgespräche könnte auch die mögliche Aufhebung des Verbots des ANC durch Pretoria gewesen sein. Die Regierung hat einen solchen Schritt wohl erwogen, die Zulassung des ANC zum politischen Leben Südafrikas jedoch davon abhängig gemacht, daß er auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele verzichte. Der ANC soll dazu unter der Voraussetzung bereit gewesen sein, daß Pretoria mit ihm über die Zukunft des Landes spricht<sup>11</sup>. Es spricht jedoch nichts dafür, daß solche Verhandlungen in absehbarer Zeit stattfinden werden. Sie sind wohl erst zu einem Zeitpunkt vorstellbar, da beiden Seiten in einem Bürgerkrieg die Grenzen des für sie Erreichbaren vor Augen geführt worden sind.

## b) Zu den Vorstellungen Pretorias

Bis dahin wird Pretoria bemüht sein, wie dies der Kapstädter Historiker Hermann Giliomee ausgedrückt hat, „*to search for a formula for sharing power without losing control*“. So fungiert seit Anfang 1985 das Drei-Kammer-Parlament der weißen und braunen Südafrikaner. Die letzteren haben hier bestenfalls die Stellung von Juniorpartnern. So ist kaum anzunehmen, daß die braunen Volksvertreter eine nennenswerte Rolle bei der Mitte 1985 erfolgten Abschaffung des *Mixed Marriage Act*, von Art. 16 des *Immorality Act* und des *Prohibition of Political Interference Act* gespielt haben. Und im Kabinett haben die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner bislang nicht ein einziges Ressort erhalten<sup>12</sup>. Pretoria gibt damit im Nachhinein allen jenen recht, die die Braunen im August 1984

<sup>9</sup> Hier ist zu erwähnen, daß die Ende Mai 1984 in der BR Deutschland veranstalteten Feiern zum Gedenken an den Tag, da sich vor 50 Jahren in der Gemarker Kirche in Wuppertal-Barmen dem NS-Regime kompromißlos ablehnend gegenüberstehende, protestantische Christen versammelten und die berühmte „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche“ („Barmer Erklärung“) verabschiedeten, in Südafrika stark beachtet wurden. Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller, Karl Barth und andere Repräsentanten der Bekennenden Kirche in Deutschland prägten mit ihren Predigten und Schriften das Denken des neuen Generalsekretärs des South African Council of Churches, C. F. Beyers Naudé, und seiner Freunde.

<sup>10</sup> Dazu Piet Müller: „Beeld en ANC praat oor kwelvræ“ und „Steun aan UDF is vir eie gewin, sê ANC“ in *Beeld* (Johannesburg) vom 11. Dezember 1984, S. 13 bzw. 12. Dezember 1984; S. 13 i. V. m. „Praat dit uit“ in *Beeld* vom 12. Dezember 1984, S. 12. S. weiter J. Hennie P. Serfontein: „ANC praat met SA/Kwaai debat oor kontak“ in *Rapport* (Johannesburg) vom 6. Januar 1985, S. 1, 2.

<sup>11</sup> Dazu „Nelson Mandela's response to President P. W. Botha's offer made in Parliament — Address given to the people at Jabulani Amphitheatre by Zinzi Mandela . . .“ in *Ecunews* 1985, März, S. 24—25 („ . . . let Botha show that he is different to Malan, Strijdom and Verwoerd . . . Let him renounce violence. Let him say that he will dismantle apartheid . . . Let him guarantee free political activity so that the people may decide who will govern them . . .“) In diesem Zusammenhang mag interessieren, daß der ANC 1948 der ersten von der NP gestellten Regierung Verhandlungen über eine Aufteilung Südafrikas zwischen Schwarz und Weiß vergeblich angeboten haben soll.

<sup>12</sup> Im Sommer 1985 stellten die beiden braunen Gruppen je einen Minister ohne Geschäftsbereich und einen stellvertretenden Minister.

auch deshalb zum Boykott des Urnengangs aufriefen, weil eine wirkliche Teilung staatlicher Macht mit ihnen nicht in der Absicht der Weißen liege.

Was die verfassungsrechtliche Stellung der Schwarzen anbelangt, so wird der wichtigste Eckpfeiler der Apartheid, d. i. die Ausgliederung der noch bei Südafrika verbliebenen sechs Reservate und damit ihre Entlassung in die (international nicht anerkannte) Unabhängigkeit, wenn irgend möglich fortgeführt. Auch hält Pretoria an dem Plan fest, die „unabhängigen“ Reservate mit dem südafrikanischen Mutterland zu einer Konföderation zusammenzufassen. Hingegen ist neu, daß P. W. Botha Mitte Januar 1985 in seiner Rede zur Eröffnung der neuen Legislaturperiode anerkannte, die im „weißen“ Südafrika lebenden Schwarzen (d. s. knapp die Hälfte aller schwarzen Südafrikaner) seien „*entities in their own right*“. Über deren künftige verfassungsrechtliche Stellung sollten Angehörige aller Bevölkerungsgruppen in einem „*informal forum*“ diskutieren. Ein Problem der Regierung liegt darin, daß sich bislang aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen in Gesprächen mit Pretoria selbst moderate Schwarze wie Gatsha Buthelezi und Pastor Sam Buti einer Teilnahme an diesen Diskussionen widersetzen. Sie gehen zu Recht davon aus, daß Pretoria nicht einmal bereit sein wird, mit ihnen die Möglichkeit zu diskutieren, diesen Schwarzen eine Stellung der Art einzuräumen, wie die Coloureds und Inder sie seit Herbst 1984 im Rahmen des Drei-Kammer-Parlaments haben. Denn auch für *verlichte* Afrikaner gilt: „ . . . *The 'easy solution' of a fourth house of Parliament has been rejected throughout . . . the structures will be quite different from those of the existing tricameral Parliament . . .*“<sup>13</sup>.

Wie wird Pretoria die Zukunft der permanent im „weißen“ Südafrika lebenden Schwarzen sehen? Ausgangspunkt sind die im Dezember 1983 nach dem *Black Local Authorities Act* gewählten autonomen Stadträte der „*townships*“. Sie wurden per Gesetz mit denselben Vollmachten ausgestattet wie die weißen Stadträte. Derzeit wird im Kapstädter Parlament zur Behebung des chronischen Mangels an Finanzmitteln, ohne die die Autonomie der schwarzen Stadträte eine Farce bliebe, gearbeitet. Mitglieder der schwarzen Stadträte werden jetzt in die nach Abschaffung der bisherigen (vier) Provinzialverwaltungen neu geschaffenen „*Regional Service Councils*“ einziehen. Gemeinsam mit den Delegierten aus den Kommunal-körperschaften der Weißen, Coloureds und Inder werden sie dort über Fragen wie Regionalplanung, Straßenbau, Wasser- und Elektrizitätsprobleme befinden. Obwohl dies von der Zahl her geboten wäre, werden auch in diesen Gremien die Nicht-Weißen die Weißen nicht dominieren. Diskutiert werden in Regierungskreisen Pläne, parallel zu dem oben bereits erwähnten Drei-Kammer-Parlament ein parlamentähnliches Gremium für die schwarzen Südafrikaner, soweit sie außerhalb der Reservate leben, zu schaffen. Ihm sollen beratende Funktionen zugestanden werden. Ferner wird wohl mit dem Gedanken gespielt, ein oder zwei schwarze Südafrikaner als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett zu berufen. Schließlich wird daran gedacht, Mitglieder der schwarzen Stadträte in die weit-

<sup>13</sup> So C. J. van der Merwe, a. a. O., S. 7, 8. Bemerkenswert ist, daß *Africa Confidential* vom 22. Mai 1985, S. 1–3 („South Africa: On the move“) dennoch zu dem Ergebnis kommt, Pretoria sei bereit, die „*urban blacks*“ an der obersten Staatsgewalt zu beteiligen. Sehr viel realistischer und überzeugender sieht die neuen Entwicklungen Robert von Lucius „Abkehr vom Dogma“ in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Mai 1985, S. 12.

gehend noch zu schaffenden Gremien aufzunehmen, in denen künftig die Vertreter der Mitglieder der bereits erwähnten Konföderation von Staaten im südlichen Afrika Fragen von gemeinsamem Interesse entscheiden werden. Zu denken ist hier beispielsweise an die bereits bestehende *Southern African Development Bank*.

## 2. Macht und Ohnmacht der radikalen Opposition

Wie bei früheren Gelegenheiten, so war es auch im Sommer 1984 nicht nur auf lückenhafte Informationen zurückzuführen, daß P. W. Botha bei seiner Reise durch Länder Westeuropas als ein Staatsmann vorgestellt wurde, der durch eine wagemutige Reformpolitik im Inneren und eine auf friedliche Koexistenz angelegte Außenpolitik wichtige Beiträge zur Befriedung des südlichen Afrikas leistete. Das schwarze Südafrika befürchtete jetzt abermals, daß seine Interessen im Westen allen gegenteiligen Bekundungen zum Trotz übersehen würden. Diese Sorge und ebenso die im August 1984 abgehaltenen Wahlen zu den neuen Parlamentskammern der Coloureds und der Inder lösten dann bis heute anhaltende, vehemente Wellen des Protests gegen die Politik Pretorias aus. Damals gesellten sich viele braune Schüler und Studenten zu den Zehntausenden von Schwarzen hinzu, die seit Anfang 1984 vermehrt den Unterricht an Oberschulen und Universitäten boykottierten.

Neuen Auftrieb erhielt die militante Opposition im August 1983 mit der Gründung der *United Democratic Front*<sup>14</sup>. Zu deren Gründungsversammlung hatten sich unter Führung des Präsidenten der *World Alliance of Reformed Churches*, Allan Boesak, die Vertreter von etwa 400 südafrikanischen Organisationen zusammengefunden: politische und religiöse Organisationen, Bürgerrechts-, Frauen- und Sportlerorganisationen, eine nicht kleine Zahl von Einzelgewerkschaften und gewerkschaftlichen Dachverbänden usw.<sup>15</sup>. Auch Anhänger der UDF stellen allerdings die Frage, wie lange dies sehr lockere und sehr heterogene Bündnis, das übrigens Oppositionelle aller Rassengruppen vereint, von Bestand sein wird. Derzeit jedoch ist es unbestreitbar mächtig! Ziel der UDF ist die Ersetzung der Apartheid durch ein „demokratisches, nicht-rassistisches“ Gesellschaftssystem. Die Regierung sieht in der UDF den verlängerten Arm des ANC und seiner braunen und weißen Partner aus der „Kongreß-Allianz“ der 50er Jahre. Der Umstand, daß die UDF mit Nelson Mandela und anderen einst führenden ANC-Funktionären (Archie Gumede, Oscar Mpetha und Albertina Sisulu) hoch ausgewiesene Persönlichkeiten des schwarzen Kampfes zu ihrem Schutzpatron bzw. zu Präsidenten wählte, ist in der Tat ein Indiz dafür, daß die UDF das politische Erbe des ANC angetreten hat. So nimmt es nicht wunder, daß seit Mai 1985 16 führende UDF-Mitglieder, darunter auch Archie Gumede, Albertina Sisulu, Frank Chikane und Ismail Mohamed, teils wegen des Verdachtes des Hochverrats, in Pietermaritzburg (Natal) vor Gericht stehen. Sehr viel weniger Beachtung als die UDF

<sup>14</sup> Zu UDF s. J. Hennie P. Serfontein: „The United Democratic Front — the most significant national movement since the sixties?“ in *Espresso* 1983, August, S. 12, 14; s. ferner „The United Democratic Front/Another bubble, or is this one for real?“ in *Frontline* 1983, Oktober, S. 42–47.

<sup>15</sup> Eine Liste der Gründungsmitglieder der UDF findet sich in dem von SAIRR herausgegebenen *Survey of Race Relations in South Africa 1983*, Johannesburg, 1984, S. 68–69.

findet das kurz vor ihr gegründete, dem verbotenen PAC ideologisch nahe-  
stehende „*National Forum*“. Von dessen Mitgliedern ist bei den jüngsten Unruhen  
vor allem die *Azanian People's Organisation* (AZPO) hervorgetreten. Zu Zentren  
des militanten Widerstandes haben sich auch etliche der in den zurückliegenden  
Jahren gegründeten Gewerkschaften entwickelt. Schließlich hat die Verleihung des  
Friedensnobelpreises an den seinerzeitigen Präsidenten des *South African Council  
of Churches* (SACC), Bischof Tutu, dem Widerstand gegen Pretoria neue Impulse  
gegeben. So hat er etwa in seiner Rede anlässlich der Preisverleihung in Oslo im  
Dezember 1984 Parallelen zwischen der Apartheid und dem NS-Regime im  
Deutschland des Dritten Reiches gesehen. Immerhin sahen sich darauf höchste  
Verantwortliche in Pretoria genötigt, solche Unterstellungen, zu Recht, zurück-  
zuweisen.

Weniger als die seit Jahr und Tag bekannten Unterrichtsboykotte haben ein poli-  
tischer Streik, an dem Anfang November 1984 zwischen 300 000 und 800 000  
Arbeiter im Süden von Johannesburg teilnahmen, sowie die diffuse Gewalt  
schwarzer Aufständischer und das daraufhin erfolgte wahllose Dreinschlagen der  
Ordnungskräfte auch im Regierungslager große Besorgnis ausgelöst. Den im  
*Transvaal Regional Stayaway Committee* organisierten Schülern und Arbeitern  
gelang es erstmals, gemeinsam den Aufstand zu proben und für 48 Stunden das  
Wirtschaftsleben in den südlichen Vorstädten von Johannesburg lahmzulegen.  
Hier kam das Bündnis der seit August 1983 in der UDF organisierten Gruppen  
zum Tragen! Zu Recht schrieb die *Financial Mail* (Johannesburg):<sup>16</sup> „. . . *the  
stayaway . . . has given rise to a perception that unions have crossed the Rubicon  
which divides purely union interests from political issues*“. Ebenso weitreichende  
Konsequenzen wird vielleicht die regelrechte Jagd haben, die schwarze Revolutio-  
näre in den *townships* vor allem des östlichen Kaps auf schwarze Stadträte,  
schwarze Polizisten und andere Kollaborateure veranstalten. Um einer „*mob  
execution by burning*“ zu entgehen, haben sich viele der Kollaborateure, insbeson-  
dere eine sehr große Anzahl der Stadträte, zurückgezogen. Wenn auch die Wahl-  
beteiligung im Dezember 1983 mit nur 11 v. H. der Stimmberechtigten äußerst  
kläglich gewesen war, so war es Pretoria doch gelungen, in ca. 100 schwarzen  
*townships* autonome Stadträte zu etablieren. Von ihnen funktioniert heute viel-  
leicht noch ein Zehntel. Weder die Polizei noch die seit Oktober 1984 zur  
Bekämpfung der Unruhen eingesetzten SADF vermochten also die Räte in den  
übrigen *townships* vor dem Terror der Revolutionäre zu schützen. Damit wurden  
die Strukturen, auf die Pretoria das neue System für die „*urban blacks*“ aufzubauen  
sucht, vernichtet. Noch ist nicht erkennbar, daß Pretoria diese Entwicklung durch  
Verhängung des Ausnahmezustandes in 36 Bezirken im östlichen Kap und im  
Transvaal im Juli 1985 hat aufhalten können. Es bedurfte nicht mehr der „Kriegs-  
erklärung“, die der ANC im Juni 1985 in Kabwe (Zambia) auf seiner „*National  
Consultative Conference*“ aussprach, um Pretoria vor auf Dauer unlösbar erschei-  
nende Probleme zu stellen.

16 Vom 16. November 1984 („Unions and Politics/Behind the Stayaway“); sehr informativ auch Pierre Spoerri: „Streiks als politische Waffe in Südafrika/Wachsende Macht der schwarzen Gewerkschaften“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Januar 1985, S. 5.

Daß es gelegentlich der Unruhen auch zu erbitterten und blutigen Kämpfen zwischen UDF, AZAPO und wohl auch Inkatha kam, die selbst Desmond Tutu nicht zu schlichten vermochte, schwächt die Aussichten der Revolutionäre, schon in absehbarer Zeit größere Erfolge vermelden zu können. Sie tragen aber naturgemäß nicht dazu bei, das schon durch den Einsatz der Armee in den Städten des Aufruhrs im Westen arg ramponierte Bild von der Reformfähigkeit des weißen Südafrika wieder aufzubessern.

Abermals zeichnet sich ein Szenario ab, das Gatsha Buthelezi schon im Sommer 1978 mit den Worten beschrieb: „*Constitutional developments in South(ern) Africa are going to be a by-product of bullets and power*“. Wie kann nun eine solche Lösung aussehen? Die Antwort hat wohl Gustav A. Sonnenhol gegeben<sup>17</sup>, als er in Anknüpfung an einen vor bald zehn Jahren in der „Außenpolitik“ erschienenen Aufsatz von der Möglichkeit einer „postkatastrophalen Lösung“ in Form einer gewaltsamen Aufteilung Südafrikas zwischen Schwarz und Weiß<sup>18</sup> sprach. Längst sind übrigens auch führende Kreise der Wirtschaft und des Militärs von Pretoria in entsprechende Eventualplanungen einbezogen worden.

Sowohl in Südafrika selbst als auch von ausländischen Wissenschaftlern werden allerdings weiterhin Überlegungen zu der Frage angestellt, ob sich ein innersüdafrikanischer Ausgleich nicht doch eher durch ein verfassungsrechtlich verankertes System institutionalisierter Machtteilung („*consociational democracy*“) erzielen lasse<sup>19</sup>. Die Vertreter dieser Auffassung weisen zu Recht darauf hin, daß, anders als eine radikale Teilung des Landes, ein solches konkordanzdemokratisches System mit friedlichen Mitteln zu erreichen sei.

Dem Einwand, daß die kulturelle Kluft zwischen weißen und schwarzen Afrikanern selbst durch eine konkordanzdemokratische Verfassung nicht zu überbrücken sei, wird heute häufig das Argument entgegengehalten, daß die weitaus meisten Südafrikaner aller Bevölkerungsgruppen doch Mitglieder christlicher Kirchen seien und diese, mit Ausnahme der weißen afrikaansen Kirche, unter der Führung zunächst von Desmond Tutu und später von Beyers Naudè sich im Rahmen des SACC in ihrem Kampf gegen die Apartheid zunehmend einig seien. Die Arbeit des SACC und speziell seine Proteste<sup>20</sup> gegen die Abschiebung („*relocation*“) „unproduktiver“ Schwarzer durch die Behörden in Pretoria stößt seit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Desmond Tutu im Ausland nämlich auf noch größeres Interesse. Richtig ist an dieser These, daß außer den reformierten Kirchen des Landes dem SACC alle großen christlichen Gemeinschaften als Mitglieder oder, so die katholische Kirche, als Beobachter eng verbunden sind. Es mag sogar sein, daß auch die Mehrheit der weißen (und braunen) Mitglieder der

17 „Fünf Minuten vor zwölf können lange dauern“ in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4. Mai 1983.

18 S. dazu Deon Geldenhuys: „Die Zukunft Südafrikas aus deutscher Sicht“ in „Außenpolitik“ 1985, 1. Quartal, S. 80–98; Klaus Frhr. von der Ropp „South Africa's Challenge to the Western World; A German View“, S. 355–367 in „South Africa – A Chance for Liberalism?“, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Königswinter, 1985. Mit wenig überzeugenden Argumenten wendet sich gegen eine solche in der Tat „rabiate“ Lösung Arnulf Baring „Aus politischen Zeitschriften: Wir und Südafrika“ in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. Mai 1985, S. 27 in Verbindung mit ders. „Schritt für Schritt ändert sich das Gesicht Südafrikas“ in der Tiefdruckbeilage der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Mai 1985.

19 Dazu jüngst im Anschluß an seine gerade auch in Südafrika stark beachteten Arbeiten Arend Lijphart „Power-Sharing in South Africa“, 1985 zu veröffentlichen durch das Institute for International Studies, Berkely, California.

20 S. dazu „Report on the Delegation Representing the South African Council of Churches and the Southern African Catholic Bishop's Conference Reporting on Relocations in South Africa, 16th March to the 1st April, 1984“, Johannesburg, 1984.

SACC-Kirchen moderate Gegner der gegenwärtig praktizierten Version der Apartheid sind<sup>21</sup>. Weiter gehen sie in ihrer Opposition jedoch nicht. Das prägt naturgemäß auch die Politik ihrer Vertreter im SACC. Ihre Haltung prägt ferner das kirchliche Leben in jeder der eben nur scheinbar integrierten Kirchengemeinden. Denn schwarze Anglikaner, Methodisten, Presbyterianer, Katholiken usw. erwarten von ihren Kirchen eine Haltung des Protestes, die weit über das hinausgeht, was die weißen Mitglieder derselben Kirchen zu unterstützen bereit sind. Der schwarze Katholik und der schwarze Anglikaner sympathisieren nicht weniger mit dem ANC als das schwarze Mitglied einer der Missionskirchen der N. G. Kerk. Der weiße Katholik und der weiße Anglikaner aber sehen die Rolle des ANC und anderer revolutionärer Bewegungen mit derselben Furcht, die das weiße Mitglied der N. G. Kerk empfindet. Wer das berücksichtigt, dem wird klar, daß die Ende Juni bei der SACC-Jahreskonferenz ergriffene Initiative, der SACC möge sich als Ganzes als Bekennende Kirche, also als Kirche des Protestes und der Befreiung, konstituieren, wie geschehen, fehlschlagen mußte<sup>22</sup>. Das gilt erst recht für den allerdings auch aus theologischen Erwägungen umstrittenen Versuch Allan Boesaks, die einzelnen Christen und die Kirchen des Landes möchten einen „*day of prayer for downfall of this unjust government*“ begehen: „*If the government cannot listen and will not change its perverse justice, and if, under its harsh rule, more innocent people die, then we shall pray them out of existence, knowing that God will hear our cry*“<sup>23</sup>. Sehr viele weiße und nicht wenige braune Mitglieder der im SACC vertretenen Kirchen fürchten die von UDF/ANC gestellte Regierung, die A. Boesak in Pretoria im Amt sehen möchte, noch weit mehr als die des Staatspräsidenten P. W. Botha.

Was für die Kirchen gilt, gilt auch für alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens in Südafrika: Das Afrikanerdom ist nur der Kern des Widerstandes gegen revolutionäre Veränderungen. Der letztere verfügt nämlich auch in Südafrika selbst über sehr viel mehr Potential, als dies von den in der Regel nur flüchtigen ausländischen Beobachtern wahrgenommen wird. Die Kräfte der Beharrung werden noch lange Zeit fähig sein, den vielen schwarzen und sehr viel weniger braunen Revolutionären Paroli zu bieten.

21 S. dazu die Berichte über die Synoden u. a. der Methodisten, Presbyterianer und Anglikaner in „*Ecunews*“, 1982, Dezember, S. 5–13.

22 S. Carina le Grange: „SACC National Conference“ in „*Ecunews*“, 1984, Juni/Juli, S. 22–23.

23 S. „SACC National Conference: Boesak wants day of prayer for downfall of this unjust government, in „*Ecunews*“, 1984, Juni/Juli, S. 25.